

Weg zu Abtreibungskliniken soll sicherer werden

Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner will bundesweit Schutzzonen vor Abtreibungskliniken vorantreiben. Das Wiener Modell ist ein mögliches Vorbild: „Frauen müssen überall in Österreich Zugang zu medizinischer Versorgung haben, ohne belästigt zu werden.“

Oona Kroisleitner

Vor mehr als fünfzig Jahren ist in Österreich die sogenannte Fristenregelung in Kraft getreten. Sie stellt den Schwangerschaftsabbruch, sofern er innerhalb der ersten drei Monate durchgeführt wird, straffrei. Doch noch immer gibt es regelmäßigen Protest von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern vor Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten. „Betroffene Frauen und medizinisches Personal berichten von Bedrängung, Ansprache und psychischem Druck auf dem Weg zur Einrichtung“, heißt es aus dem Frauenministerium von Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) dazu.

Bundeseinheitliche Schutzzonenbestimmungen gibt es hierzulande allerdings nicht. Ministerin Holzleitner will das Thema nun vorantreiben. Zwar hat sich die Dreierkoalition auf die „Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen“ in den Regierungsverhandlungen geeinigt und das Thema im Kapitel Frauen des schwarz-rot-pinken Arbeitsübereinkommens festgeschrieben. Doch bisher steht die Vereinheitlichung noch am Anfang. Die Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für bundesweite Schutzzonen laufe, heißt es dazu aus dem Ministerium. Ziel sei, „eine einheitliche, wirksame Regelung, die Frauen und Gesundheitspersonal in ganz Österreich denselben Schutz garantiert“ – unabhängig vom Bundesland.

Wiener Vorbild

„Frauen müssen überall in Österreich Zugang zu medizinischer Versorgung haben, ohne auf dem Weg dorthin belästigt, bedroht oder eingeschüchtert zu werden“, erklärt Holzleitner dazu. Es gehe „um nicht weniger als ihr Recht auf Selbstbestimmung. Und um den Schutz jener, die in diesen Einrichtungen arbeiten“.

Wie die Schutzzonen konkret aussehen könnten, ist noch offen. Orientierung könnte die Regelung in Wien bieten, heißt es aus dem Ministerium auf Nachfrage. In der

Bundeshauptstadt regelt das Wiener Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) den Schutz vor Belästigungen öffentlichen Orten. Die Polizei kann Personen seit 2005 wegweisen oder warnen, die andere „in unzumutbarer Weise belästigen, insbesondere wenn auf Personen, die sich einer sozialen oder medizinischen Einrichtung nähern, psychischer Druck wie zum Beispiel durch nachdrückliches Ansprechen oder (versuchte) Übergabe von Gegenständen ausgeübt wird“, steht in dem Gesetzestext.

Unterstützung bekommt Holzleitner für ihr Anliegen von der Wiener Stadtregierung. Schutzzonen vor Gesundheitseinrichtungen seien ihr „ein echtes Herzensanliegen“,

erklärt ihre SPÖ-Parteikollegin und Frauenstadträtin Elke Hanel-Torsch in einem Statement. Es sei zudem „eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe, Frauen in dieser Situation, die vor dieser schwierigen Entscheidung stehen beziehungsweise diese getroffen haben, beizustehen und vor Übergriffen und Belästigungen aller Art zu schützen“, findet auch der rote Gesundheitsstadtrat Peter Hacker.

Grüne wollten mehr

Erst Ende Juli hatte Grünen-Frauensprecherin Meri Disoski eine parlamentarische Anfrage zu dem Thema eingebracht. Sie will von Holzleitner den Stand der Umset-

zung „zentraler Maßnahmen für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen“ wissen.

Zuvor brachte Disoski bereits einen Antrag zur Errichtung von Schutzzonen rund um Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche ein. Diese sollen laut den Grünen die „Einrichtungen und Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche sowie einen genau zu bezeichnenden Bereich im Umkreis von höchstens 150 Meter um dieses Schutzzobjekt“ umfassen und sei nach „Maßgabe der Erfordernisse eines wirkungsvollen Schutzes festzulegen“. Der Antrag, der das Sicherheitspolizeigesetz ändern sollte, fand im Nationalrat keine Mehrheit. Beschlos-

sen wurde 2026 ein Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, der die Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen beauftragte.

Petitionen für Schutzzonen

Disoski verweist in ihrer laufenden Anfrage auch auf die EU-weiten Bürgerinitiative „My Voice, My Choice“. Die Initiative fordert den sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für Frauen in Europa. Mehr als 1,1 Millionen Personen unterstützen bisher die Forderungen.

In Österreich steht eine Onlinepetition auf der Kampagnenplattform #aufstehen, die vergangenen Spätherbst gestartet wurde, derzeit bei rund 12.700 Unterstützenden. Gefordert wird darin von den Ministerinnen Holzleitner und Anna Sporrer (SPÖ) sowie von Innenressort-Chef Gerhard Karner (ÖVP), dass „Österreich Schutzzonen von mindestens 150 Metern Radius um Gesundheitseinrichtungen einführt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen“.

Die Konfrontation mit Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern treffe Schwangere „in einer Situation, in der sie bereits eine wohlüberlegte und oft schwere Entscheidung getroffen haben. In diesen ohnehin beschwerlichen Momenten bedeutet das eine zusätzliche Form der psychischen Belastung“, heißt es in dem Aufruf. Eine Schutzzone stehe nicht im Widerspruch zur Meinungsfreiheit, argumentieren die Aktivistinnen. Schließlich könnten sie an anderen Orten weiterhin protestieren. Bei den Protesten in unmittelbarer Nähe handle es sich vielmehr um „eine gezielte Einschüchterungsstrategie“.

In anderen Ländern – etwa Großbritannien, Spanien und Deutschland – gibt es bereits gesetzliche Maßnahmen, um ungewollt schwangere Frauen und das Personal von Kliniken zu schützen. In Deutschland drohen etwa 5000 Euro Bußgeld für „Gehsteigbelästigung“.



HELENA LEA MANNHART/SIBERER

Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) will eine bundesweite Regelung für Schutzzonen.